

mandatsmeldung.



**MÄRZ
2022**

INHALTE

Ampel irrt & stolpert durch die Pandemie
Michael Frieser, S. 1

Energiepreise: Entlastungen reichen nicht
Sebastian Brehm, S. 2

Ukraine: DE muss entschlossener handeln
Tobias Winkler, S. 2

Kulturfonds: 80.000 EUR für Nürnberg
Karl Freller, S. 3

Runder Tisch zu Messe & Tourismus
Barbara Regitz, S. 3

Gesundheit & Wohnen zusammen denken
Jochen Kohler, S. 4

Zukunftsdialo g Heimat.Bayern gestartet
Hans Herold, S. 4

Energiepreise: CSU fordert Entlastungen
Petra Guttenberger, S. 5



AMPEL IRRT & STOLPERT DURCH DIE PANDEMIE

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

seit einem Monat verteidigen unsere ukrainischen Nachbarn ihr Leben und ihre Freiheit gegen die russischen Invasoren. Zig Millionen Menschen erfahren unermessliches Leid, was ihre Entschlossenheit aber nicht schwächt, sondern in bewundernswerter Weise stärkt! Angesichts der völlig enthemmten Brutalität der russischen Armee müssen wir uns als Deutsche die Fragen stellen, ob wir wirklich genug tun, um unsere Freunde zu unterstützen. Mein Kollege Tobias Winkler geht auf der nächsten Seite darauf ein, wie die aktuelle Bundesregierung die Geschlossenheit des Westens aufs Spiel setzt.

Und auch in der Pandemiebekämpfung riskiert die Ampel, bisherige Erfolge zunichte zu machen. Im Hauruckverfahren wurde eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, die in der Expertenanhörung regelrecht zerrissen wurde. Die Bundesländer haben sich parteiübergreifend dagegen ausgesprochen und einen Bruch der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern beklagt. Während die Neuinfektionen steigen, lässt sich die Ampel weiter von der FDP in die Ecke treiben: Die Maskenpflicht fällt, die Maßnahmen werden zu einem Flickenteppich, die Hürden für die Einführung der schwammigen "Hotspot-Regelung" sind nicht umsetzbar. Es ist völlig klar, dass die links-gelbe Koalition im Falle einer Verschärfung der Corona-Lage wieder hektisch nachbessern muss. Genauso orientierungslos stolpert man durch die Debatte zur Impfpflicht. Scholz und Lauterbach bekennen sich einerseits zu ihr, die Bundesregierung übernimmt andererseits keinerlei Verantwortung, die damit verbundenen Fragen zu beantworten. Man flüchtet sich in widersprüchliche Gruppenanträge und „Gewissensentscheidungen“ und lässt das Thema damit ins Leere laufen. Als Union fordern wir stattdessen, mit einem Impfvorsorgegesetz die Voraussetzungen zu schaffen, um schnell und flexibel auf das Virus reagieren zu können. Eine sofortige Impfpflicht lässt sich anhand der derzeitigen Situation nicht überzeugend begründen, mit Blick auf den Herbst müssen wir aber jetzt unsere Hausaufgaben machen! Dazu gehört der Aufbau eines Impfregisters und einer entsprechenden Impfinfrastruktur. Das ist Voraussetzung dafür, dass der Bundestag über eine Aktivierung des Impfmechanismus entscheiden könnte, wenn die Situation es erfordert. Der innere Zerissenheit der links-gelben Koalition sorgt dafür, dass wir für den kommenden Herbst leider so schlecht aufgestellt sind wie im ersten Jahr der Pandemie!

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

„Das Paket ist eine Ansammlung von Halbheiten - rot-grün-gelbes Wünsch-dir-was ohne Konzept.“

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord

[Website](#)



ENERGIEPREISE: ENTLASTUNGSPAKET REICHT NICHT!

Die drastisch gestiegenen Energiepreise haben mich in den vergangenen Wochen in besonderem Maße beschäftigt. Als Union drängen wir seit Wochen massiv darauf, Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft zu entlasten. Jetzt endlich hat auch die Ampel gehandelt. Herausgekommen ist dabei eine Ansammlung von Halbheiten - rot-grün-gelbes Wünsch-dir-was ohne Konzept und Struktur. Dass nun Kraftstoffsteuern gesenkt werden sollen, ist loblich – auch wenn die Ampel dies noch vor Wochen vehement bekämpft hat. Der einmalige Sonderzuschlag in Höhe von 300 Euro erweist sich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung. Das Geld muss versteuert werden – die Ampel kassiert also sofort wieder ab, statt zu entlasten. Studenten, Rentner, Nichtsteuerzahler, Unternehmen gehen leer aus. Wir brauchen Maßnahmen, die umfassend greifen. Dazu gehören eine Senkung der Stromsteuer auf den EU-rechtlich zulässigen Mindeststeuersatz und eine Reduzierung des Umsatzsteuersatzes auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für 2022 und 2023 auf sieben Prozent. Die erhöhte Pendlerpauschale muss bereits ab dem ersten Kilometer gelten. Schließlich ist der erste genauso teuer wie der 21. Kilometer. Den Betrieben müssen wir mit dauerhafter Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags auf mindestens drei Jahre über die Krisenjahre 2020 bis 2022 hinaus und einer zeitlich befristeten „Turboabschreibung“ mit Investitionsanreizen helfen. Das unterstützt Unternehmen, trägt zur Wettbewerbsfähigkeit bei und sichert gleichzeitig Arbeitsplätze.

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Nach coronabedingter Pause ist das Brehmmobil wieder im Einsatz. Am 30. März von 16 bis 18 Uhr stehe ich Ihnen am Leipziger Platz in Nürnberg-Schoppershof gerne für Fragen und Anliegen zu Verfügung. Wie immer erwartet Sie eine Tasse Kaffee oder ein leckerer Cappuccino! Weitere Termine finden Sie [hier](#).

„Die Bundesregierung muss der Sonntagsrede von Olaf Scholz endlich Taten folgen lassen!“

Tobias Winkler
MdB Fürth

[Website](#)



DEUTSCHLAND MUSS ENTSCLOSSENER HANDELN!

Vier Wochen nach Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine erreichen uns täglich Bilder unvorstellbaren Leids. Die Menschen in der Ukraine sind zur Zielscheibe eines Diktators geworden, der seine Rechtfertigung in einem völlig realitätsfernen Weltbild sucht. Das Völkerrecht, zu dem sich die Staaten der Welt verpflichtet haben, wird tausendfach vorsätzlich gebrochen. Vergangene Woche wandte sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer bewegenden Ansprache per Video an die Mitglieder des Bundestags und am Ende persönlich an Bundeskanzler Olaf Scholz. Nach dem Applaus folgten allen Ernstes Geburtstagsgrüße an einen Abgeordneten und dann die Debatte zur Impfpflicht. Unwürdig hätte die Reaktion kaum ausfallen können. Die von uns als CDU/CSU mehrere Tage lang geforderte Debatte zur Ukraine wurde von SPD, Grünen und FDP verhindert. Was eine Sternstunde des Parlaments hätte werden können, verkam zu einem peinlichen und beschämenden Moment. Auch im Ausland wird die fehlende Führung in und von Deutschland vermisst. Die Enttäuschung ist groß, vom bevölkerungsreichsten Land und der größten Volkswirtschaft in der Europäischen Union wird mehr erwartet. Ob bei Nord Stream 2, dem Ausschluss Russlands aus dem Swift-System oder bei Waffenlieferungen – Deutschland zögert, zaudert und windet sich, um dann am Ende doch einzuknicken. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung der Sonntagsrede von Olaf Scholz am vierten Kriegstag endlich Taten folgen lässt – bei der Unterstützung der Ukraine, bei der Ausweitung der Sanktionen, bei der Koordination der Flüchtlinge und bei der Ausstattung der Bundeswehr. Entschlossenes Handeln ist in dieser Lage keine Frage von Parteipolitik – es ist eine Frage von Leben und Tod.



**"Unserem Bekenntnis
zum Kulturstaat
Bayern lassen wir
Taten folgen!"**

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



KULTURFONDS BAYERN: 80.000 EURO FÜR NÜRNBERG

Drei kulturelle Vorhaben aus Nürnberg erhalten jetzt eine Förderung aus dem Kulturfonds Bayern in Höhe von 80.100 Euro. Es freut mich, dass wir Dank des Kulturfonds Bayern 2022 sowohl das neue Tanz- und Theaterfestival „re.festival“ mit 8.500 Euro, das 25. Jubiläum der Stummfilmmusiktage mit 21.600 Euro als auch die 1. "Musik Installationen Nürnberg" mit 50.000 Euro unterstützen können. Damit senden wir ein deutliches Signal für einen Aufbruch nach Corona. Der bayerische Kulturfonds ist ein in Deutschland einmaliges Instrument der Kulturförderung, der eine Fülle von Vorhaben ermöglicht, wie Musikfestivals, Ausstellungen, neue Probenräume, Literatur, Stummfilmtage oder Theaterproduktionen. 120 Projekte aus ganz Bayern hatten eine Förderung beantragt. Alle Anträge wurden bewilligt. Die Kulturförderung dieser 3 Projekte ist ein Beweis dafür, dass wir unserem Bekenntnis zum Kulturstaat Bayern auch Taten folgen lassen. Auch bei uns in Nürnberg soll Kultur nach Corona wieder mit allen Sinnen erlebbar sein. Ich werde mich weiterhin dafür stark machen, dass das kulturelle Leben in unserer Region auch künftig blüht und gedeiht.

**„Die
Wirtschaftsleistung
der Messe ist
enorm!“**



Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



RUNDER TISCH ZU MESSE & TOURISMUS

Zu einem Runden-Tisch-Gespräch habe ich den Geschäftsführer der NürnbergMesse Group Dr. Roland Fleck, den Kreisvorsitzenden der DEHOGA Nürnberg Robert Horka und die Geschäftsführerin der Congress- und Tourismus-Zentrale Nürnberg Yvonne Coulin eingeladen.

Die Absage der Nürnberger Messen im Januar und Februar war ein Schock, v.a. für die Hotelbranche Nürnbergs. Die Messebetreiber sahen sich dazu gezwungen, da Reisebeschränkungen und Quarantänebestimmungen den Ausstellern und Besuchern eine Teilnahme unmöglich machten. Wenn keine Messen in Nürnberg stattfinden, hat das äußerst negative Auswirkungen auch auf die Tourismusbranche in der Stadt: weniger Einnahmen für die sowieso gebeutelte Gastronomie, weniger Besuche in den kulturellen Einrichtungen, Rückgang der Besucher in den Museen etc. Die Wirtschaftsleistung der Messe ist enorm! Sie steht im engen Zusammenhang mit dem Tourismus und der Belebung der Stadt. Ein Ausfall bedeutet für viele Branchen herbe Verluste. Für die Hotels stellen die Messetage im Frühjahr ihre wichtigsten Einnahmen dar, denn ca. 70% der Übernachtungen werden in Nürnberg zu Messezeiten gebucht. Nürnberg ist nach München die zweitbedeutendste Messestadt in Bayern und von den Messen hängt so viel für die heimische Gastronomie und Hotellerie sowie Wirtschaftskraft ab. Nürnberg muss ein maximal attraktiver international angesehener Messestandort bleiben! Dafür braucht es v.a. Verlässlichkeit, Planungssicherheit und gleiche Regeln für alle. Wir müssen in Deutschland wieder mehr ermöglichen und dafür hat mir dieses Gespräch zahlreiche gute Impulse aufgezeigt.



"Ich bin überzeugt, dass das Projekt 'Gesundheit und Wohnen zusammen denken' unser Bayern voranbringt."

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West
[Website](#)

GESUNDHEIT & WOHNEN ZUSAMMEN DENKEN

Die Themen, welche sich hinter der Überschrift verbergen, sind unterschiedlich, können aber dennoch zusammenhängen. Es geht um die Verzahnung von Gesundheit und Wohnen und das ist sowohl für Bauminister Bernreiter als auch für Gesundheitsminister Holetschek sehr wichtig. Als Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr ist es mir wichtig, mich für dieses Thema einzusetzen. In der heutigen Zeit sehe ich es als wichtig an viele Themen miteinander zu verknüpfen und nicht nur in Zuständigkeiten zu denken. So könnte man dem Fachkräftemangel im Pflegebereich mit bezahlbarem Wohnraum speziell für diese Berufsgruppe entgegenwirken und diesen Beruf attraktiver machen. Häufig spielt das Thema Wohnraum nicht nur für Berufseinsteiger, sondern auch für Fachkräfte aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Denn oftmals tun sich beide schwer, geeignete Wohnmöglichkeiten zu finden. Im Gegenzug sollte man sich beim Bauen nicht nur auf die Schaffung von Wohnraum fokussieren, sondern einen ganzheitlichen Planungsansatz verfolgen, der sich vom Standort selbst über die verwendeten Materialien bis hin zum Raumklima und dem Wohnumfeld erstreckt. Denn wenn aus einem Wohngefühl auch ein Wohlgefühl wird, dann steigert man auch die Lebensqualität und Produktivität. Diesen ganzheitlichen Ansatz hat das Bauministerium in einer Broschüre zusammengefasst, welche [hier](#) zum Download bereit steht.



"Machen Sie mit und bringen Sie Ihre Ideen für Bayern ein."

Zukunftsdialog Heimat.Bayern

Hans Herold
MdL Fürth-Land
[Website](#)

ZUKUNFTSDIALOG HEIMAT.BAYERN GESTARTET

Wie soll Bayern in Zukunft aussehen? Der Zukunftsdialog Heimat.Bayern will diese Frage unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger diskutieren. Ich möchte auch die Menschen in meinem Stimmkreis dazu aufrufen, sich hieran zu beteiligen. Denn: je mehr mitmachen, umso besser kann das künftige Handeln noch stärker an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort ausgerichtet werden. Das Projekt wird von den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und Heimat sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gemeinsam mit der Staatskanzlei durchgeführt. Bayerns Bürgerinnen und Bürger sollen aktiv in den Dialog über Zukunftsfragen mit eingebunden werden und Ihre Ideen und Meinungen zu verschiedenen Themen und Entwicklungen in Stadt und Land mit einbringen. Dies geschieht mittels Regionalkonferenzen und einer Bürgerumfrage. Die Regionalkonferenz Mittelfranken findet am 23. Mai 2022 im Heimatministerium in Nürnberg statt. Die Anmeldung erfolgt [online](#). Die Teilnehmerplätze werden dann im Losverfahren vergeben. Über das Portal kann sich auch jede Bürgerin und jeder Bürger - unabhängig von einer Teilnahme an der Regionalkonferenz - einbringen, Themen benennen und gewichten, die in den weiteren Prozess mit einfließen werden. Dort kann auch der Umfragebogen zur Bürgerumfrage abgerufen werden. Diese läuft bis zum 31. Mai 2022. Somit wird jedem die Möglichkeit gegeben, an der Gestaltung und Entwicklung unserer Heimat Bayern mitzumachen.



*„Runter mit den
Energiepreisen –
Bürgerinnen und Bürger
sofort entlasten!“*

Petra Guttenberger
MdL Fürth
[Website](#)



ENERGIEPREISE: CSU-FRAKTION FORDERT ENTLASTUNGEN

Sofort und deutlich runter mit den Verbrauchssteuern auf Energie, insbesondere mit der Energie- und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe – das fordert die CSU-Fraktion und hat die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag dazu aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen auf Bundesebene einzufordern. Im Detail sollen die Mehrwertsteuer auf Strom-, Kraft- und Heizstoffe auf 7 Prozent, die Stromsteuer auf das europarechtliche Mindestmaß und die Energiesteuer auf Kraft- und Heizstoffe massiv gesenkt werden. Zudem soll die Pendlerpauschale rückwirkend zum 1. Januar auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht werden. Die Ampel-Regierung im Bund muss hier schnellstmöglich handeln. Der Staat darf sich nicht an den Bürgerinnen und Bürgern bereichern – daher müssen die Energiesteuern dringend gesenkt werden. Andernfalls drohen auch in der Wirtschaft Arbeitsplatzverluste durch die exorbitant gestiegenen Energiepreise. Dem muss schnellstmöglich entgegengewirkt werden. Zudem soll nach dem Willen der Fraktion geprüft werden, die Laufzeiten der Atomkraftwerke, die noch im Betrieb sind um drei bis fünf Jahre zu verlängern. Zusätzlich soll geklärt werden, ob die zum 31.12.2021 abgeschalteten Meiler wieder in Betrieb genommen werden können. Mit einem weiteren Maßnahmenpaket sollen über den Bund die Reservekapazitäten für Energie gestärkt und die Energiewende beschleunigt werden. Der Dringlichkeitsantrag wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen im Plenum verabschiedet. Jetzt muss gehandelt werden!